

# Freie Demokraten

Landesverband  
Bremen **FDP**

## Beschluss des Landesparteitags der FDP Bremen vom 9. November 2016

### Die Verwaltung zukunftsfähig machen und Open Data ausbauen

#### *E-Government ausbauen – Verwaltungsprozesse rationalisieren*

Die erste eigene Wohnung, der erste Job, ein Neuanfang. Für viele Menschen, ob Studenten, Berufseinsteiger, Arbeitnehmer oder Einwanderer, ist der Umzug nach Bremen ein großer Schritt, der Anfang eines neuen Lebensabschnitts. Doch der erste Eindruck wird vor allem von endlosen Wartezeiten in Bürger-Service-Ämtern geprägt und dieser bleibt bestehen.

Die Verwaltung der Hansestadt muss effizienter und bürgerfreundlicher werden. Wir fordern daher, dass die Hansestadt Bremen zum Vorreiter in der digitalen Abwicklung von Verwaltungsaufgaben wird. Hierzu müssen, möglichst in Kooperation mit anderen Bundesländern, E-Government Systeme für alle behördlichen Aufgabenbereiche eingesetzt werden. Diese müssen den höchsten Datenschutz- und Sicherheitsstandards genügen und es muss gesetzlich ausgeschlossen werden, dass die Systeme für Zwecke zur Strafverfolgung zweckentfremdet werden. Nur so kann Vertrauen in eine digitale Verwaltung geschaffen werden. Als Basis hierfür ist die technische Ausstattung in der Verwaltung zu modernisieren.

E-Government bedeutet nicht das Bereitstellen von ausfüllbaren PDF-Formularen. Für alle Punkte, an denen der Bürger mit der Verwaltung interagiert, müssen sichere Schnittstellen zur digitalen Datenübertragung über das Internet bereitgestellt werden. Jedoch soll die Entwicklung von Softwarelösungen für Endbenutzer privaten Anbietern überlassen werden. Verwaltungsangelegenheiten, die von den Bürgern online durchgeführt wurden, sollen in ihrer Bearbeitung priorisiert werden.

# Freie Demokraten

Landesverband  
Bremen **FDP**

Die Freien Demokraten Bremen fordern außerdem, dass kurzfristig Termine in Bereichen der Verwaltung, die noch nicht komplett online abgewickelt werden können, online vergeben und Wartemarken inklusive empfohlener Ankunftszeit online ausgestellt werden können. Für Abholung und Bezahlung fertig ausgestellter Dokumente sollen Schnellschalter eingerichtet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass im öffentlichen Bereich vermehrt Freie und Open Source Software eingesetzt wird und die Stadt an deren Weiterentwicklung mitwirkt. Dies spart Kosten für Lizenzgebühren und erhöht das Vertrauen in die Systeme. Die Verarbeitung der Daten durch Drittanbieter lehnen wir nicht generell ab. Diese muss jedoch hohen Sicherheitsstandards genügen. Eine kommerzielle Auswertung von personenbezogenen Daten durch Drittanbieter lehnen wir generell ab. Datenabfragen durch Dritte, wie zum Beispiel Kirchen, müssen zustimmungspflichtig werden.

Die Verwaltung muss insgesamt effizienter werden. Daher setzen wir uns für die sofortige Abschaffung von Vermieterbescheinigungen und anderen bürokratischen Hindernissen bei Verwaltungsangelegenheiten ein. Hier sind nur die zwingend notwendigen Informationen abzufragen. Zusätzlich müssen die internen Abläufe und Prozesse in der Verwaltung verbessert werden.

*Konjunkturpaket Daten – private Ressourcen nutzen, Open Data stärken und praktisch umsetzen*

Die Freien Demokraten Bremen möchten die Hansestadt zum Vorreiter bei der Bereitstellung von Open Data in Europa machen. Die aktuelle Gesetzgebung ist gut gemeint, aber schlecht umgesetzt. Diesen Zustand möchten wir verbessern.

Hierzu ist das Statistische Landesamt umzustrukturieren. Der Fokus muss auf der Sammlung und (Echtzeit-)Veröffentlichung von Daten aus allen Ressorts liegen. Die Auswertung und sonstige Dienstleistungen sind hierbei auszugliedern und wenn möglich, zu privatisieren. Abgesehen von personenbezogenen, wettbewerbsschwächenden und sicherheitsrelevanten

# Freie Demokraten

Landesverband  
Bremen **FDP**

Details müssen alle in der Verwaltung, stadteigenen/landeseigenen Unternehmen und anderen staatlichen Institutionen anfallenden Daten automatisiert über offene Schnittstellen für private und kommerzielle Nutzung und unter offenen Lizenzen verfügbar gemacht werden. Die Open Data-Formate sollen interoperabel in einem offenen Standard vorliegen, so dass ohne großen technischen Aufwand Kombinationen möglich werden. Hierfür muss das Rad nicht neu erfunden werden, sondern die Unterstützung von bereits vorhandener Software, Plattformen und dem Knowhow aus anderen Städten herangezogen werden. Zusätzlich sollen Datensätzen in verschiedenen, möglichst maschinenlesbaren Formaten zentralisiert sowie auf Plattformen von Drittanbietern online veröffentlicht werden. Die Integrität der Daten soll über Transprotverschlüsselung sichergestellt werden.

Im Anschluss muss die Datensammlung in der Verwaltung ausgebaut werden und auch privaten Unternehmen, beispielsweise und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, Informationen zur Verfügung zu stellen.

## *Parlamentarische Anfragen sind auch Open Data*

In der parlamentarischen Arbeit werden durch Anfragen und Gutachten große Mengen an speziellen, themenbezogenen Daten erhoben und veröffentlicht. Diese werden grundsätzlich in Papierform und als PDF öffentlich gemacht. Für die Datenauswertung ist dies hinderlich. Wir fordern daher, dass auch diese vom Senat in möglichst maschinenlesbaren Formaten, wie beispielsweise auf der privaten Plattformen oder über selbst gehostete Dokumente, zur Verfügung gestellt werden und in dieser Form auf der Website der Bürgerschaft zugänglich sind. Offene Formate sind hier zu bevorzugen.